

Die Lösung des EEG-Problems wurde von der EU gestartet – Energie (in Deutschland) immer teurer zu machen, bis sie niemand mehr „benötigt“



Die Reform: Den Preis drastisch erhöhen, und zwar verlässlich

Was NGOs [4] [7], andere Länder und in deren Schlepptau unsere Umweltministerin laufend fordern:

Die Bundesregierung: [3] **Ein wirksamer CO₂-Preis muss steigen**

... Bundesumweltministerin Barbara Hendricks sprach sich gemeinsam mit ihren Kollegen aus Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Schweden und den Niederlanden dafür aus, den CO₂-Ausstoß mithilfe eines „wirksamen Preises“ zu senken.

Der CO₂-Preis sei ein effektives Mittel, um den Ausstieg der Weltwirtschaft aus fossilen Brennstoffen voranzutreiben, weil er etwa die Stromgewinnung aus Kohle teurer mache, so Hendricks. Derzeit gibt es in der EU zwar einen Emissionshandel, der CO₂-Preis ist aber so gering, dass er kaum Auswirkungen zeigt.

Die Ministerinnen und Minister unterstrichen, dass die Bepreisung von CO₂-Emissionen verlässlich sein sollte. Das Preisniveau muss im Laufe der Zeit so erhöht werden, dass das Ziel des Pariser Übereinkommens erreicht wird, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen.

In Deutschland jedoch noch nicht umgesetzt werden konnte, hat die EU nun mit Unterstützung Deutschlands (als Zahlmeister) und Frankreichs (als einer der Profiteure) dankenswerter Weise übernommen:

KLIMARETTER.INFO Dienstag, 06. Februar 2018: [1] **Neuer Emissionshandel beschlossene Sache**

Die Abgeordneten im Europäischen Parlament haben die Reform des EU-Emissionshandels verabschiedet, die damit praktisch in trockenen Tüchern ist. Sie wird den Preis pro Tonne CO₂ deutlich erhöhen – allerdings nicht auf die magische Grenze von 30 Euro, die als echter Anreiz für klimafreundliche Investitionen gilt.

Innerhalb des kommenden Jahrzehnts soll sich der CO₂-Preis im EU-Emissionshandel ungefähr verdreifachen. Das Europäische Parlament hat die **Reform des Emissionshandels verabschiedet**, an der es gemeinsam mit dem Ministerrat seit Jahren arbeitet. Die Regelungen betreffen die Zeit von 2021 bis 2030. Damit ist die Gesetzesänderung quasi in trockenen Tüchern.

Bei solchen Summen musste die EU und manche Nachbarn einfach gierig werden

Betrachtet man die (künftigen) Summen des Zertifikatehandels, wird klar, warum die EU-Bürokratie – und Länder, welche daran partizipieren – mehr als „gierig“ danach sind. Alleine mit der Emission von Deutschland sprudeln bald viele Milliarden Euros jährlich. In der Tabelle sind nur die Daten der Stromgewinnung hinterlegt. Mit der geplanten Ausweitung auf alle Emissionsbereiche vervielfachen sich diese Werte.

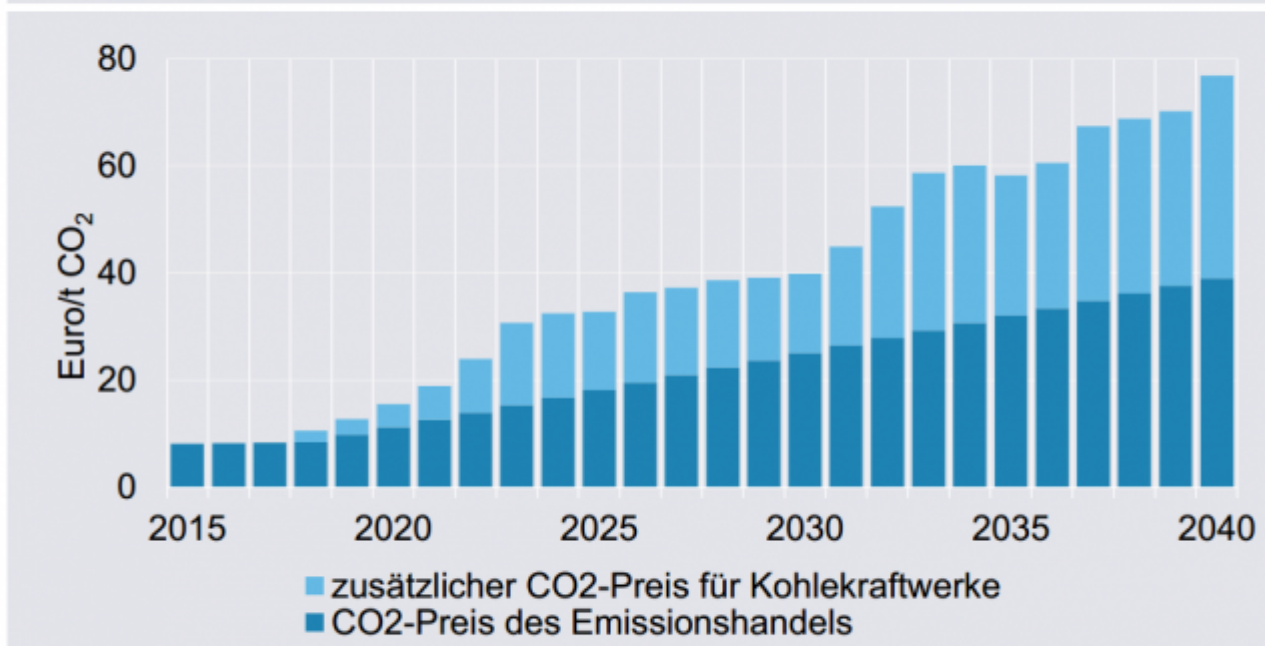
Deutschland 2015	Mio. Tonnen CO ₂ -Äquivalent	CO ₂ -Zertifikatekosten pa		
		Bei 4 (EUR/t)	Bei 30 (EUR/t)	Bei 75 (EUR/t)
Mineralölprodukte	248,9	995,6 (Mio. EUR)	7.467 (Mio. EUR)	18.667 (Mio. EUR)
Erdgas+Grubengas	165	660 (Mio. EUR)	4.950 (Mio. EUR)	12.375 (Mio. EUR)
Braunkohle	166,7	666,8 (Mio. EUR)	5.001 (Mio. EUR)	12.502 (Mio. EUR)
Steinkohlen	140,9	563,6 (Mio. EUR)	4.227 (Mio. EUR)	10.567 (Mio. EUR)
Sonstige	25,2	100,8 (Mio. EUR)	756 (Mio. EUR)	1.890 (Mio. EUR)
Gesamt	746,7	2.986,8 (Mio. EUR)	22.401 (Mio. EUR)	56.002 (Mio. EUR)

Tabelle 1 CO₂-Daten und Zertifikatekosten Deutschland auf Basis 2015.

Quelle CO₂-Daten: [5], Tabelle 3

Die „Denkfabrik“ Agora zeigt, wie man sich die „ideale“ Zertifikatepreis-Entwicklung vorstellt. Es ist das gleiche Modell, wie es die Kirche einst zur Finanzierung des Petersdomes erfunden hatte. Verspreche einen imaginären, nicht konkret messbaren Vorteil (weniger CO₂ = ideale Welttemperatur) und bepreise ihn. Die gläubige Anhängerschar wird das Geld hoffnungsvoll im Kasten klingeln lassen.

Notwendige Höhe eines zusätzlichen CO₂-Preises für Kohlekraftwerke, um eine Emissionsreduktion auf -90% bis 2050 entsprechend des Kohlekonsenspfades zu erzielen



Eigene Darstellung

Bild [4]

Und weil es „viel Ehre“ bringt, fordern Unternehmen (natürlich nicht selbst) noch etwas draufzulegen

Viel ist noch nicht genug. Nachdem in unserer Gesellschaft auch Firmen und Institutionen nach „Ökokarma“ gieren, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erhalten (und damit werben zu können), soll die Politik nach deren Pfeife tanzen und das CO₂-Zertifikatesystem um Sektoren erweitern:

[7] UnternehmensGrün ([Mitgliederliste](#)):

Die unterzeichnenden Unternehmen und Verbände unterstützen hierzu den offenen Brief ... der u.a. folgende Leitplanken für einen Passus im Koalitionsvertrag formuliert:

*... Eine Konkretisierung und **Ausweitung einer CO₂-Bepreisung auf alle Sektoren (Strom, Wärme, Verkehr)**, die konform zum Europäischen Emissionshandel ist ...
... Aufbauend auf dem EU-ETS und nationalen CO₂-Bepreisungen eine Initiative zu beschließen, die wirksame CO₂-Preise in allen Sektoren auf europäischer Ebene einführt.*

Unser Parlament kann man auflösen –gemacht wird, was die EU vorgibt

Dass unsere Parteien nichts vom Wählerwillen halten und Regieren als nicht mehr zeitgemäß betrachten, zeigt der Koalitionsvertrag. Eindeutig steht darin, dass man eine eigenständige Politik aufgegeben hat, da EU-Recht ohne Diskussion 1:1 umgesetzt wird.

GroKo Vertrag [10]: 6465 EU-Recht setzen wir 1:1 um

Daran anschließend erzählen und beweihräuchern sich die Koalitionäre, wie sie in Zukunft schaffen werden, was sie in der Vergangenheit nicht erreicht haben:

GroKo Vertrag [10]: *... Wir werden zeigen, dass anspruchsvoller Klimaschutz, wirtschaftliche Prosperität und sozialer Ausgleich erfolgreich vereinbar sind. Mit dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und dem bereits weit fortgeschrittenen Ausstieg aus der Kernenergie haben wir wichtige Grundlagen für die Zukunft gelegt. Wir werden nun ein neues integriertes Energiesystem schaffen aus Erneuerbaren, Energieeffizienz, einem beschleunigten Ausbau der Stromnetze, einer schrittweisen Reduzierung der Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern und einer forcierten Nutzung der Digitalisierung. Klima- und Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sind die Eckpfeiler dieser Energiepolitik.*

... Den EU-Emissionshandel wollen wir als Leitinstrument weiter stärken. Unser Ziel ist ein CO₂-Bepreisungssystem, das nach Möglichkeit global ausgerichtet ist, jedenfalls aber die G20-Staaten umfasst ...

Das eigene Volk kennt man nicht mehr

Bezahlbarkeit ist ein relativer Begriff. Deutschland hat in Europa inzwischen den Spitzenplatz beim Strompreis für den privaten Verbraucher erreicht [6]. Es stört nicht, schließlich hat der Untertan kein Anrecht auf billige Energie [8].

Und deshalb kommt der private Stromverbraucher – der eigentlich „das Volk“ repräsentiert, im Vertrag gar nicht mehr vor. Nur die NGOs und Interessensverbände dürfen sich in diesem „Geldregen“ weiter tummeln und

Vorschläge machen, wie man diesen ausweiten kann. Gut, es wird auch daran gedacht, eine Folgenabschätzung zu starten. Allerdings mit unwichtigem Ergebnis, denn die Ziele dürfen dadurch nicht gefährdet werden.

GroKo Vertrag [10]: ... „Wir werden eine Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ unter Einbeziehung der unterschiedlichen Akteure aus Politik, Wirtschaft, Umweltverbänden, Gewerkschaften sowie betroffenen Ländern und Regionen einsetzen, die auf Basis des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 und des Klimaschutzplans 2050 bis Ende 2018 ein Aktionsprogramm mit folgenden Elementen erarbeiten soll:

- Maßnahmen, um die Lücke zur Erreichung des 40 Prozent-Reduktionsziels bis 2020 so weit wie möglich zu reduzieren,
- Maßnahmen, die das 2030-Ziel für den Energiesektor zuverlässig erreichen, einschließlich einer umfassenden Folgenabschätzung,
- einen Plan zur schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung, einschließlich eines Abschlussdatums und der notwendigen rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und strukturpolitischen Begleitmaßnahmen und
- die finanzielle Absicherung für den notwendigen Strukturwandel in den betroffenen Regionen und einen Fonds für Strukturwandel aus Mitteln des Bundes“.

Fazit

Wenn es nicht irgendwann oppositionellen Parteien gelingt, diesen CO₂-hysterisch begründeten Umverteilungswahnsinn zu stoppen, leiden folgende Generationen bald wirklich. Nicht am sich vielleicht leicht erwärmenden Klima, sondern vor allem am immer schneller dahinschmelzenden, privat noch verfügbarem, monetären Budget.

Dann gehen auch die Visionen „großer Denker“ in Erfüllung, denen dies (selbst wie verbeamtet und damit wenig betroffen) für das gemeine Volk vorschwebt:

[9] H. P. Gensichen, Gründungskurator der [Deutschen Bundesstiftung Umwelt](#), in: Der Klimawandel: Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit **Armut wird uns retten:**

*These 5 (Arme leben zukunftsfähig): Die Seligkeit der Armen und Randexistenzen – ArmSeligkeit – holt die Zukunft des Reiches Gottes in die gesellschaftliche Gegenwart. **Das gegenwärtige Leben der Armen ist zukunftsfähig und zukunftsträchtig.***

*These 10 (Ein gemeinsamer Wohlstand): Südliche Theorie der Befreiung aus der Armut und Nördliche Theorie der Befreiung zur Armut und aus dem Reichtum heraus sind verwandt, allerdings über Kreuz. Eine akzeptierte und gestaltete Süd-Nord-Annäherung der Entwicklungsniveaus drückt diese Verwandtschaft aus: Eine dortige Befreiung aus der Armut und eine hiesige Befreiung in die Armut haben **ein gemeinsames Ziel: Einen globalen Wohlstand etwa auf dem Niveau von Chile bzw. Slowenien.***

Quellen

[1] KLIMARETTER.INFO Dienstag, 06. Februar 2018: [Neuer Emissionshandel beschlossene Sache](#)

[2] ECOKompass Erneuerbare Energie 16.01.2015: Studien: Atom- und Kohlestrom sind schmutzig, aber nicht billig

[3] Die Bundesregierung 12.12.2017: Pariser Gipfel „One Planet Summit“ **C02-Preis muss steigen**

[4] Agora Dr. Patrick Graichen BERLIN, 13. JANUAR 2016:: Elf Eckpunkte für einen Kohlekonsens Konzept zur schrittweisen Dekarbonisierung des deutschen Stromsektors

[5] arepo consult: Kurzanalyse der nationalen Treibhausgasemissionen fürdasJahr2016 (Kurzstudie für die Bundestagsfraktion Bündnis90/DieGrünen)

[6] EIKE 30.01.2018: **Deutschland hat in Europa einen neuen Spitzenplatz erklommen – beim Strompreis**

[7] UnternehmensGrün, 9. November 2017: In: Nachhaltige Wirtschaftspolitik, Pressemitteilungen **Mit dem C02-Preis im Koalitionsvertrag kommt auch der Kohleausstieg**

[8] Basler Zeitung 29.01.2018: **Das dicke Ende der Energiewende**, Forscher, deren Arbeit vom Bund finanziert wird, fordern Umerziehungsprogramme und staatliche Agenten.

[9] Die deutschen Bischöfe Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen Kommission Weltkirche, Nr. 29, September 2006, Mit einem Geleitwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz: Der Klimawandel: Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit Ein Expertentext zur Herausforderung des globalen Klimawandels.

[10] Entwurf KoaV, Stand 07.02.2018: Ein neuer Aufbruch für Europa Eine neue Dynamik für Deutschland Ein neuer Zusammenhalt für unser Land Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD